

Wahlprüfsteine 2023 Eberhard-Schultz-Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation

Sehr geehrte Eberhard-Schultz-Stiftung,

haben Sie vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und nehmen gerne Stellung:

Zur Umsetzung der sozialen Menschenrechte fragen wir die Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus:

Frage 1) Welche Schritte plant Ihre Partei, um das wichtige Zusatzprotokoll und die Überprüfung durch den UN-Ausschuss auf Landesebene noch zur Ratifizierung zu bringen?

Die weltweite Basis für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind die universellen Menschenrechte. Wir wollen, dass Deutschland eine Vorreiterrolle beim Schutz der Menschenrechte einnimmt und Führungsstärke zeigt. Als Vertragsstaat hat sich Deutschland völkerrechtlich verpflichtet, die Menschenrechte, die im UN-Sozialpakt festgeschrieben sind, zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Die Möglichkeit, eine individuelle Beschwerde beim UN-Sozialpakt-Ausschuss einreichen zu können, kann ein wichtiges Instrument sein, um die im UN-Sozialpakt garantierten Menschenrechte im vollen Umfang einzufordern. Daher stehen wir einer Ratifikation des Zusatzprotokolls durch Deutschland nach abgeschlossener Prüfung offen gegenüber und planen dahingehend einen Vorstoß Richtung Bundesrat.

Frage 2) Welche konkreten Maßnahmen will ihre Partei in Angriff nehmen, um der immer stärker werdenden Prekarisierung und der Inflation, die vor allem einkommensschwache Menschen trifft, entgegen zu wirken?

Wir Freien Demokraten sehen diese Herausforderungen (sowie die drohende Rezession) insbesondere im aktuellen Kältewinter mit großer Sorge, da viele von Armut betroffene Gruppen bedroht sind. Vor diesem Hintergrund setzen wir an verschiedenen Stellen an.

Zunächst müssen wir den Wohnungs- und Obdachlosen helfen, die es im aktuellen Winter besonders stark trifft. Die Kältehilfe ist unverzichtbar und ein Baustein mit oberster Priorität. Auch sie ist von Inflation und höheren Energiepreisen betroffen, weshalb wir diese und ähnliche Hilfseinrichtungen und Initiativen stärker unterstützen müssen. Für uns ist es wichtig, dass Hilfe auch bei den Betroffenen ankommt. Daher werden wir das „Netzwerk der Wärme“, welches wir grds. unterstützenswert finden, prüfen und auf eine Ergänzung hinwirken. Um den Obdachlosen besser helfen und die Hilfe optimieren zu können, brauchen wir verlässliche Zahlen. Aus diesem Grund dürfen Zählungen nicht weiter verschoben werden, sondern müssen eine höhere Priorität genießen.

Die Auswirkungen betreffen auch viele arbeitende Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft. Für diese wollen wir eine Optimierung und Aufstockung des „Härtefallfonds Energieschulden“, welcher unzureichend ausgestattet ist. Zudem brauchen wir neue Begegnungsstätten und zugeschnittene Beratungen, die die Menschen wirklich erreichen. Hierbei wäre eine Kombination von Energieberatungsleistungen mit anderen Beratungsstellen sinnvoll. Die AV-Wohnen (und ihre Ergänzungen) werden wir kontinuierlich auf den Prüfstand stellen. Ferner müssen die sozialen Verwaltungsstrukturen verbessert werden. Komplizierte Vorgänge und Bürokratie hindern viele daran, ihre Ansprüche geltend zu machen. Indem wir Verwaltungsvorgänge digitalisieren und entbürokratisieren sowie mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter für die Antragstellung- und Beratung ausbilden und einstellen, wollen wir die Bearbeitungen und Auszahlungen beschleunigen. Zudem müssen wir darauf achten, dass Verfahren möglichst in verständlicher Sprache vermittelt werden.

Zum sozialen Menschenrecht auf Wohnen fragen wir die Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus:

Frage 3) Welche Schritte unternehmen Sie, um das soziale Menschenrecht auf angemessenen Wohnraum für alle zu bezahlbaren Preisen als subjektives und gerichtlich durchsetzbares Recht sowie auch als Grundrecht im Grundgesetz zu verankern?

Die Verfassung von Berlin sieht bereits ein Recht auf angemessenen Wohnraum in Artikel 28 Absatz 1 vor. Danach ist es Aufgabe des Landes, angemessenem Wohnraum insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen zu schaffen und zu fördern, sowie die Bildung von Wohnungseigentum. Dieses Recht ändert jedoch nichts am angespannten Wohnungsmarkt und an den teilweise prekären Situationen, in denen sich einige Menschen in Berlin befinden. Bis zum Jahr 2040 werden in Berlin ca. 280.000 neue Wohnungen benötigt, um den Bedarf zu decken.

Gegen die Wohnungsnot und überteuerte Wohnungen wird einerseits das Bauen helfen, andererseits eine gezielte Förderung bedürftiger Menschen mit Wohngeld und sozialen Leistungen.

Enteignungen, Mietpreisbremse oder Mietendeckel sind die falschen Instrumente. Diese Maßnahmen schaffen keinen neuen Wohnraum und führen im Ergebnis sogar zu einer weiteren Verknappung des Angebots. Auch die zahlreichen Regelungen im Rahmen sogenannter Erhaltungsverordnungen oder das immer komplexer werdende Mietrecht machen die Vermietung von Wohnraum immer unattraktiver.

Wir Freie Demokraten wollen für Menschen mit niedrigem Einkommen einen erleichterten Zugang zu günstigem Wohnraum schaffen. Dazu muss sich die soziale Wohnraumversorgung an den potentiellen Mietern und nicht nur am Bau von neuen Sozialwohnungen orientieren. Zahlungsschwachen Wohnungssuchenden wollen wir den Zugang zum freien Wohnungsmarkt primär mithilfe des Wohngeldes ermöglichen. Dies auch Teil der verfassungsrechtlichen Garantie des Existenzminimums. Einer Grundgesetzänderung bedarf es daher nicht.

Frage 4) Sehen Sie in der Enteignung und Vergesellschaftung großer Immobilien-Unternehmen, wie es Berliner Mieter:inneninitiativen mit einem Volksbegehren durchsetzen wollen, eine legitime und wirksame Möglichkeit, die Profitexplosion am Wohnungsmarkt zu begrenzen?

Die Ursachen der Wohnungsknappheit werden durch Vergesellschaftung von Wohnungsunternehmen nicht beseitigt. Wir Freie Demokraten lehnen Maßnahmen wie Enteignung und Vergesellschaftung ab, denn sie helfen weder den Mieterinnen und Mietern, noch Wohnungssuchenden den Zugang zu verfügbarem Wohnraum. Solche Maßnahmen wirken sogar kontraproduktiv, denn einerseits unterbleiben dringend erforderliche Investitionen in den Wohnungsmarkt, andererseits führen die Massenenteignungen zu weiterer hoher Verschuldung in Zeiten hoher Zinsen.

Es braucht dringend mehr Wohnraum. Mangel lässt sich nicht verwalten, Mangel muss behoben werden.

Wir streben daher eine Bauoffensive an, um Prozesse wie beispielsweise die Beantragung einer Baugenehmigung zu beschleunigen und zu digitalisieren, weiteres Bauland auszuweisen und bessere Rahmenbedingungen für Investitionen in den Wohnungsbau zu schaffen. Nur mit diesen Rahmenbedingungen können wir endlich mehr, schneller und günstiger bauen und die dringend benötigten Wohnungen schaffen.

Frage 5) Wie wollen Sie ganz konkret mit dem Ergebnis zum Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ umgehen und welche Schritte planen Sie zur Umsetzung?

Der Wille des Volkes ist immer zu berücksichtigen und Volksentscheide können richtungsweisend für die Politik sein. Wie auch der Volksentscheid zum Flughafen Tegel, welchen der Rot-Rot-Grüne Senat ignorierte, ist auch dieser Volksentscheid nicht bindend. Zudem hat sich im Rahmen der Anhörungen der Expertenkommission zwischenzeitlich erwiesen, dass das Versprechen einer breiten Senkung der Mieten infolge einer Enteignung gelogen war.

Allerdings gebietet der Respekt vor dem Volk, das Ergebnis des Volksentscheides nicht zu ignorieren, denn er ist ein Hilferuf an die Politik, sich endlich um ausreichend Wohnraum zu kümmern. Diesen Auftrag nehmen wir Freie Demokraten sehr ernst und wollen ihm mit geeigneten Maßnahmen entsprechen.

Frage 6) Im Zuge der Covid-Pandemie gehen Studien davon aus, dass die Zahl der Wohnungslosen in Berlin gestiegen ist. Welche Schritte plant Ihre Partei zu unternehmen, um dieser steigenden Anzahl entgegenzuwirken?

Wir Freie Demokraten wollen hierfür zunächst die Wohnraumknappheit angehen, aus der steigende Mieten und Verdrängungsprozesse für viele einkommensschwache Menschen resultieren. Die wichtigste Maßnahme ist aus unserer Perspektive das Bauen von neuen Wohnflächen (durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, privaten Wohnungsbauunternehmen usw.), was einerseits durch einfach realisierbare Ausbauten (z.B. Dachaufstockungen) und andererseits durch eine Neubauoffensive erfolgen kann. Vor allem durch ein reichhaltiges Angebot können Mieten langfristig wieder günstiger werden. Ferner werden die Bauverfahren immer umfangreicher und verhindern, dass neuer und bezahlbarer Wohnraum entsteht. Generell können Bauvorhaben, die dutzende oder hunderte von Wohnungen schaffen könnten, nicht umgesetzt werden, weil bürokratische Probleme der Zuständigkeit, der Bezahlung oder auch der Fristeneinhaltung das Baurecht verhindern oder das Bauplanverfahren verzögern. Wir wollen diese Vorgänge möglichst entbürokratisieren, um zu beschleunigen.

Darüber hinaus wollen wir mit verschiedenen Maßnahmen, die bei Frage 2 schon beschrieben wurden, verhindern, dass Menschen aufgrund der aktuellen Inflation und Energiepreise in die Armut und/oder Wohnungslosigkeit abrutschen. Für weitere Informationen zu unseren Konzepten und Ansätzen verweisen wir auf das Positionspapier der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus "Liberale Ansätze zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Berlin" ([Link](#)).

Zum sozialen Menschenrecht auf Gesundheit fragen wir die Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus:

Frage 7) Das medizinische Personal in den Berliner Kliniken meldet seit Monaten eine Überlastungssituation an. Im Zuge der Covid-Pandemie hat sich die Situation drastisch verschlechtert und auch Kinder-Stationen melden mittlerweile eine besorgniserregende Auslastung an. Welche Schritte gedenkt Ihre Partei zu unternehmen, um das medizinische Personal vor Ort zu schützen und zu stärken?

Deutschland und auch Berlin sind mit Blick auf den europäischen Personalschlüssel im internationalen Vergleich Schlusslicht: In Norwegen, Schweden und den Niederlanden betreut eine Pflegefachkraft durchschnittlich 4 - 5 Kranke pro Tagschicht – in Deutschland 10. In den Nachtschichten muss die Pflegekraft in Deutschland sogar bis zu 22 Patientinnen und Patienten betreuen. Ein besserer Betreuungsschlüssel führt hier zu einer besseren Versorgung insgesamt. Das Klinikpersonal muss dringend aufgestockt werden. Die Krankenhäuser sind aufgefordert auch eigenständig innovative Anreizsysteme zur Personalgewinnung und -bindung zu entwickeln. Dies kann zum Beispiel durch die Bereitstellung von vergünstigten Wohnungen, modernen Arbeitsbedingungen, kostenlosen Parkplätzen oder betriebseigener Kinderbetreuung erfolgen.

Frage 8) Wie positioniert sich Ihre Partei zur angestrebten Umsetzung der Gesundheitsreform in Verbindung mit der derzeit bestehenden Arzneimittelknappheit, Schließung der Apotheken, u.a?

Wir Freie Demokraten fordern eine nachhaltige Verbesserung der Investitionsfinanzierung für maximalversorgende und kleinere spezialisierte Krankenhäuser. Nur so können wir die bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger sicherstellen. Höhere Qualität muss durch das Vergütungssystem belohnt werden. Die Strukturreform im stationären Sektor muss verantwortungsvoll weiterentwickelt und Fehlanreize für eine Überversorgung sowie ein Überangebot an Krankenhausleistungen müssen bereinigt werden. Eine Ungleichbehandlung von privaten, öffentlichen und konfessionellen Trägern lehnen wir genauso entschieden ab wie eine Planungshoheit der Krankenkassen für die Versorgungsstrukturen.

Zum strukturellen und institutionellen Rassismus fragen wir die Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus:

Frage 9) Was unternehmen Sie, um den strukturellen und institutionellen Rassismus in den Behörden, insbesondere Polizei und Ausländerbehörden, aber auch in Bildungseinrichtungen und der Justiz wissenschaftlich untersuchen zu lassen und wirksam zu bekämpfen?

Wir Freie Demokraten stellen uns Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aktiv entgegen, insbesondere in den Behörden des Landes Berlin, haben diese Phänomene keinen Platz.

Wir stehen hinter unseren Beamten und Angestellten – der weit überwiegende Teil leistet jeden Tag hervorragenden Dienst für das Land Berlin. Strukturellen Rassismus konnte auch die Berliner Polizeistudie nicht feststellen. Dennoch sind die Handlungsempfehlungen, welche die Themenfelder Einsatz- und Berufsrollenreflexion, Stärkung der Transparenz der Polizeiarbeit, Nachwuchsgewinnung, Aus- und Fortbildung und die Arbeitsbedingungen der Berliner Polizistinnen und Polizisten betreffen, dringend zu berücksichtigen und geeignete Maßnahmen umzusetzen.

Das Fehlverhalten einzelner Beamtinnen und Beamter einschließlich der Bedingungen, die zu dem Fehlverhalten geführt haben, müssen aufgeklärt werden. Gerade in Berlin muss das Vertrauen in die Polizei gestärkt werden. Einem Generalverdacht gegenüber der Polizei stellen wir uns entschieden entgegen. Gleichzeitig ist klar: Für Menschen mit gefährlichen rechtsextremen Einstellungen ist im öffentlichen Dienst kein Platz.

Wir setzen uns für den flächendeckenden Einsatz von Bodycams bei Polizei und Feuerwehr ein. Dieses Videomaterial kann nicht nur als Beweis, sondern insbesondere zur Selbstreflexion der Trägerinnen und Träger der Bodycams dienen. Sie erhöht auch ganz automatisch die Hemmschwelle zu rechtswidrigem Handeln, sowohl auf staatlicher Seite als auch auf Bürgerseite. Wissenschaftliche Studien in diesen Bereichen aber auch ein gut funktionierender Verfassungsschutz und Beschwerdeapparate sind die Mittel der Wahl für uns Freie Demokraten.

Frage 10) Wie wollen Sie – unter maßgeblicher Beteiligung der betroffenen Gruppen und ihrer Organisationen – für eine kritische Aufarbeitung und Überwindung der rassistischen Feindbilder wie die gegen Muslim:a, Jüd:innen, Sinti:ze und Rom:nja und BIPoC sorgen?

Für uns als Freie Demokraten ist der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus einer der wichtigsten und zentralsten Anliegen unserer Gesellschaft. Deshalb stellen wir uns Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aktiv entgegen.

Rechtsextreme Vereinigungen müssen konsequent verboten werden. Die Beobachtung rechtsextremer Gefährderinnen und Gefährder muss ausgebaut und verbessert werden. Hier muss insbesondere der Verfassungsschutz personell und materiell gut ausgestattet sein und die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden muss besser funktionieren. Wir schlagen außerdem eine Fusionierung des Brandenburgischen und des Berliner Verfassungsschutzes vor, denn die

Gefährdungslagen bestehen länderübergreifend und sind gerade in Berlin und Brandenburg untrennbar verbunden.

Doch Rassismus und Diskriminierung beginnen bereits im Alltag und sind für die Betroffenen äußerst belastend. Der Staat hat neutral zu sein. Deshalb ist das Personal weiter zu sensibilisieren und zu schulen. Aufklärung und Aufarbeitung muss ein Leben lang Teil der Arbeit im öffentlichen Dienst sein. Bereits in den Schulen muss regelmäßig über Radikalisierung, Extremismus und Rassismus gesprochen werden, wie man ihn erkennt und gegen ihn vorgeht.

Insbesondere fordern wir Freie Demokraten ein entschiedenes Vorgehen gegen jede Form des Antisemitismus. Jüdisches Leben in Deutschland und Europa ist für uns integraler Bestandteil unserer Zivilgesellschaft. Politik und Sicherheitsbehörden müssen die spezifische Gefährdung jüdischen Lebens ernst nehmen und sich ihr entschieden entgegenstellen. Jüdische Einrichtungen müssen durch staatliche Maßnahmen effektiv geschützt werden. Dabei muss auf die Sicherheitsbedenken der Gemeinden eingegangen werden. In Polizei und Justiz braucht es Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, um antisemitisch motivierte Gefahren und Taten aufzuarbeiten. Insbesondere muss auch der Al-Quds-Marsch auf Berlins Straßen verboten werden.

Frage 11) Wie wollen Sie Art. 2 des schon lange ratifizierten UN-Abkommens zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (ICERD) erfüllen, wonach die Rechte aus dem UN-Sozialpakt in allen gesellschaftlichen Bereichen (Arbeit, Wohnung, Bildung, Gesundheitsversorgung u.a.) sicher zu stellen sind?

Die Bundesrepublik Deutschland hat das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung (ICERD) am 16. Mai 1969 ratifiziert. Mit der Ratifizierung hat sich Deutschland verpflichtet, dem CERD-Ausschuss in regelmäßigen Abständen über die Umsetzung der Konvention zu berichten. In diesen Berichten gibt die Bundesregierung Rechenschaft über Ihre Bemühungen, die im ICERD enthaltenen Verpflichtungen zu erfüllen. Wir Freie Demokraten sprechen uns für eine Fortsetzung dieser langjährigen Praxis aus.

Frage 12) Wie wollen Sie die Rechtsprechung des UN-Ausschusses zur Beseitigung der Rassendiskriminierung und des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte umsetzen, dass rassistische Beleidigungen und Volksverhetzung nicht durch die Meinungs- oder Pressefreiheit gerechtfertigt sein können?

Presse- und Meinungsfreiheit sind Grundpfeiler unserer liberalen und offenen demokratischen Gesellschaft. Denn unsere Gesellschaft lebt von einem freien und unbefangenen Wettstreit der Meinungen. Wir Freie Demokraten stehen deshalb für eine aktive und offene Debattenkultur, die Meinungsvielfalt fördert und schützt. Bereits heute können rassistische Beleidigungen und Volksverhetzung nicht durch die Meinungs- oder Pressefreiheit gerechtfertigt werden.

Hass und Hetze haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Dabei ist ein Augenmerk auf Gewalt im Internet zu legen, denn Straftaten nehmen auch hier weiter zu. Der Staat steht hier in der Pflicht, entschieden zu handeln und Persönlichkeitsrechte sowie die freie Meinungsäußerung effektiv zu schützen. Wir setzen uns für eine effektivere Verfolgung von Straftaten im Netz ein. Die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften ist hierzu ein erster wichtiger Schritt.

Frage 13) Wie wollen Sie für die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen für von Rassismus Betroffene in allen gesellschaftlichen Bereichen sorgen?

Betroffene von Rassismus müssen immer eine Anlaufstelle zur Unterstützung haben. In Berlin gibt es bereits unterschiedliche Beschwerdestellen. Auch unter Beteiligung der Freien Demokraten wurde 2022 der Bürger- und Polizeibeauftragte in seine Position gehoben, welcher auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei stärken soll und gleichzeitig Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben soll, sich mit Kritik und Hinweisen auf Fehlverhalten an die Vertrauensstelle zu wenden.

Inwieweit die “Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung” in Berlin einen Mehrwert für Betroffene von Diskriminierung leistet, wollen wir wissenschaftlich untersuchen lassen. Je nach Ergebnis muss diese eventuell personell und materiell besser ausgestattet werden oder das Konzept bedarf einer Überarbeitung.